

Lehramt und Numerus clausus

Debatte über möglichen Wegfall der Zulassungsbeschränkungen fürs Studium

16. Februar 2022 – Um mehr Lehrkräfte für die nordrhein-westfälischen Schulen zu gewinnen, hat Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) eine Abschaffung des Numerus clausus (NC) vorgeschlagen. Der Landtag debattierte auf Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen über den möglichen Wegfall der Zulassungsbeschränkungen fürs Lehramtsstudium.

Die SPD-Fraktion schreibt in ihrem Antrag (17/16541) von einem „überraschenden und inhaltlich fragwürdigen Vorstoß zum Ende der Wahlperiode“. Hochschulen und Lehrverbände hätten darauf „mit Zurückhaltung und Verwunderung“ reagiert. Die Grünen-Fraktion spricht vom „Offenbarungseid einer gescheiterten Schulpolitik“ (17/16542). Den Mangel an Lehrkräften in der Primarstufe und der Sekundarstufe I führt die Fraktion auf die im Vergleich zur Sekundarstufe II schlechtere Besoldung zurück.

Das Schulministerium sei „großspurig“ gestartet und als „Bettvorleger“ gelandet, sagte **Jochen Ott** (SPD). Es gebe kein Konzept. Er sprach von rund 8.000 unbesetzten Stellen an Schulen. Das sei ein „Offenbarungseid“. Es fehlten Lehrkräfte an Berufskollegs sowie an Grund-, Haupt- und Realschulen. „Wann werden Sie endlich wach?“, fragte er in Richtung Landesregierung. Ott warnte vor einer Abschaffung des Numerus clausus ohne vorherige Verhandlungen mit den Hochschulen und ohne

die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten. Erforderlich seien u. a. mehr Studienplätze und mehr Geld für die Universitäten.

Schulministerin Gebauer habe es versäumt, wirksame Maßnahmen gegen den Lehrermangel auf den Weg zu bringen, sagte **Sigrid Beer** (Grüne). Grundschulen hingen als „Zeichen der tiefen Erschöpfung und der Kapitulation vor dieser Schulpolitik“ bereits weiße Tücher aus den Fenstern. Die Ministerin habe auf diesen Protest bisher nicht reagiert. Der Vorstoß, den Numerus clausus abzuschaffen, habe „keine Substanz“, sagte Beer. An zusätzliche Kapazitäten an den Universitäten sei offenbar nicht gedacht worden. Sie forderte „A13 als gleiche Eingangsbesoldung“ auch für die Grundschule und die Sekundarstufe I.

„Keine Denkverbote“

Petra Vogt (CDU) wies darauf hin, dass die Landesregierung beim Lehrkräftemangel von Anfang an klargemacht habe, dass es „keine Denkverbote“ geben solle. „Und sicherlich kann man auch über den NC nachdenken.“ Wichtiger sei aber, die Rahmenbedingungen im Blick zu behalten. Dabei gehe es primär um die vorhandenen Studienplätze sowie den Erhalt der Ausbildungsqualität. Die Landesregierung habe in den vergangenen Jahren „schnell und zielorientiert“ mehrere Maßnahmen auf den Weg gebracht. Dazu zähle eine „Studienplatzoffensive“. Es seien rund 1.450 neue Studienplätze geschaffen und dauerhaft gesichert worden.

Die rot-grüne Vorgängerregierung habe schulpolitisch einen „Scherbenhaufen“ hinterlassen, kritisierte **Daniela Beihl** (FDP). Schwarz-Gelb dagegen habe seit 2017 den Schuletat um 3,1 Milliarden Euro erhöht und seit 2018 mehr als 10.000 Stellen für Lehrkräfte eingerichtet. Da die Lehrämter gleichwertig seien, so Beihl, sei eine „einheitliche Einstiegsbesoldung“ erforderlich. Die FDP-Fraktion unterstütze das Vorhaben, weitere Lehramtsstudienplätze einzurichten. Somit werde die Voraussetzung geschaffen, mehr Lehrkräfte auszubilden und den Numerus clausus „an immer mehr Hochschulen dann auch perspektivisch entfallen zu lassen“.

Die Lehrerausbildung sei früher zweckmäßig gewesen und habe für eine genügende Anzahl an Lehrkräften in allen Schulstufen



Daniela Beihl (FDP)



Helmut Seifen (AfD)



Schulministerin
Yvonne Gebauer (FDP)

Fotos: Schälte



Jochen Ott (SPD)



Sigrid Beer (Grüne)



Petra Vogt (CDU)

gesorgt, sagte **Helmut Seifen** (AfD). Die Änderung der Lehrerausbildung aus dem Jahr 2009 habe das Grundschulstudium derart erschwert, dass viele Studierende das Studium abbrächen. Insgesamt habe die Landesregierung zwar „die schlimmsten Verwerfungen sozialistischer Bildungspolitik geheilt“, traue sich aber nicht, grundlegende Reformen anzugehen. Sie könne somit nur „an Symptomen herumdoktern“, kritisierte der Abgeordnete im Plenum.

Möglicherweise hätten SPD und Grüne ein schlechtes Gewissen, weil sie eine „völlig unregelte und völlig ungesteuerte Situation für die Ausbildung von Lehrkräften hinterlassen“ hätten, sagte Schulministerin **Yvonne Gebauer** (FDP). Die Landesregierung habe hingegen den tatsächlichen Bedarf ermittelt und vier Maßnahmenpakete auf den Weg gebracht, die bereits zu mehr als 5.700 zusätzlichen Einstellungen und zu rund 1.400 zusätzlichen Studienplätzen geführt hätten. Sie sei anspruchsvoll und wolle weitere Lösungen finden, betonte Gebauer. Die Universität Siegen verzichte beim Lehramtsstudium bereits auf den Numerus clausus.

zab, tob, sow